

# Neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene

Von Wolfgang Gessenharter

Erschienen in: Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg (Hrsg.):  
Rio – Berlin – Oldenburg: Agenda 21 auf dem Weg in das 21. Jahrhundert,  
(= Schriftenreihe des Staatlichen Museums für Naturkunde und Vorgeschichte  
Oldenburg, H.5), Oldenburg: Isensee Verlag 1998, S.81-96

Das Thema meines Vortrags enthält zwei zentrale Aspekte, die heute alles andere als unumstritten sind:

Zum einen wird ausgesagt, daß *neue* Beteiligungsmodelle auf der kommunalen Ebene nötig seien. Zum anderen beinhaltet das Thema die Forderung, daß diese neuen Beteiligungsmodelle auf der *kommunalen* Ebene zu realisieren seien. Ich hoffe, daß ich beide Behauptungen so gut begründen kann, daß aus meinem Vortrag bei Ihnen sogar Handlungsimpulse entspringen.

Lassen Sie mich beginnen mit der Frage, warum **auf der kommunalen Ebene neue Beteiligungsmodelle** nötig sind. Welche Bedeutung hat denn überhaupt in unserer heutigen Welt die kommunale Ebene?

In der letzten Zeit liest man immer öfter den Begriff „Glokalisierung“, der, zusammengesetzt aus Globalisierung und Lokalisierung, darauf hindeutet, daß die globalen Gefahren letztlich an den lokalen Gestaden anlanden - für uns alle hautnah erlebbar. Migration, soziale Verwerfungen, internationaler Terrorismus sind nur ein paar Stichworte in diesem Zusammenhang. Eine „Festung Europa“ oder gar eine „Festung Deutschland“ würde uns von diesen internationalen Gefährdungen nicht wirklich abschotten. Die damit aber wachsende Wagenburgmentalität wäre dagegen auf Dauer verhängnisvoll für eine freiheitliche, offene Gesellschaft.

Andererseits - wie wir in unseren Kommunen unser alltägliches Leben führen, bleibt nicht ohne Wirkung auf die internationale Ebene. Wer also heute noch glaubte, unsere örtliche Lebenswelt endete dort, wohin der Blick vom Kirchturm reicht, weiß wenig von der heutigen Realität. „Glokalisierung“ bezieht sich natürlich nicht nur auf Gefahren, sondern auch auf Chancen: Zu unserer unmittelbaren Lebenswelt gehören heute wirtschaftlicher Export, kulturelle, sportliche, touristische internationale Beziehungen usw. Und seit 1989, seit dem Zerfall der Bipolarität der Welt, haben sich diese ganzen Entwicklungen noch intensiviert.

Diese von mir geschilderten Prozesse<sup>1</sup> sind kaum umstritten; kontrovers sind dagegen nach meiner Erfahrung die Schlußfolgerungen, die daraus zu ziehen sind. Von Kommunalpolitikern höre ich oft, daß ihre Kommunen schon mit den bisherigen Aufgaben mehr als überlastet seien, so daß sie sich neuen Problemstellungen, wie etwa solchen aus der „Globalisierung“, überhaupt nicht mehr stellen könnten. Hier seien Bund, Länder, und natürlich auch die EU gefragt.

---

<sup>1</sup>s. dazu Wolfgang Gessenharter, Herausforderungen zur Jahrtausendwende - Kann „Nation“ die Antwort sein?, in: Christoph Butterwegge, Hrsg., NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1997; ders., Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/96, S.3-13.

Schon mit der hochproblematischen Entwicklung des Arbeitsmarktes seien die Kommunen völlig überfordert, indem sie zum „Sozialstaat in Reserve“<sup>2</sup> geworden seien. Denn Bund und Länder lasteten ihnen immer mehr sozialstaatliche Leistungserfordernisse auf, ohne ihnen - nach dem sog. Konnexitätsprinzip - die dazu nötigen Finanzmittel zuzugestehen. Rolf Böhme, langjähriger Oberbürgermeister von Freiburg, hat die kommunale Finanzmisere und den schrumpfenden Spielraum in seinem jüngsten Buch drastisch beurteilt: Mit der Ausbeutung der kommunalen Haushalte lockere sich die kommunale Selbstverwaltung und sei „am Verdorren“, obwohl sie doch überall „vielgepriesen [werde] als das Wurzelwerk der Demokratie“<sup>3</sup>.

Viele Kommunen haben sich unter diesem Finanzdruck neuen Organisationsformen zugewandt; sie verstehen sich immer mehr als „Dienstleistungsunternehmen“<sup>4</sup>. Auch diese Entwicklung hat Bewegung, mancherorts Unruhe in die Kommunen gebracht. Und schon vorher hatte die Bürgerinitiativbewegung die stark repräsentative Form der Kommunalpolitik infrage gestellt. Gegenüber etwa den gewählten Mitgliedern des Stadtrats versuchten immer häufiger Bürgergruppen, in die lokalen Entscheidungsprozesse direkt einzugreifen, an Parteien und örtlichen Wählervereinigungen vorbei, um nach ihrer Meinung zu kurz gekommene Interessen in das Machtkonzert einzuführen. Wer das zähe Ringen um die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Petitionsrecht, Einwohnerversammlung und dergl. verfolgt hat, weiß, daß es hier, wie bei allen Machtfragen, nicht nur um Petitesse ging. Nicht selten stand dem Vorwurf an die Adresse der Abgeordneten, sie würden nur die ohnehin etablierten Interessen vertreten, die Anschuldigung an die Vertreter von Bürgerinitiativen gegenüber, sie stilisierten ihre partiellen, egoistischen Ansichten zu solchen der Allgemeinheit hoch. In den letzten Jahren hat sich, wenn ich recht sehe, die Heftigkeit dieser Auseinandersetzung reduziert, zurückgegangen ist aber auch - von Ausnahmen abgesehen - die Beteiligung an plebiszitären Verfahren. Ausdruck zunehmender Politikverdrossenheit? Oder schätzt die Bevölkerung diese Verfahren als nicht besonders wirksam ein? Ich werde später noch einmal auf das Problem plebiszitärer Verfahren eingehen.

Wie auch immer - wer behauptete, es seien in letzter Zeit keine neuen Wege in der Kommunalpolitik eingeführt worden, träfe nicht wirklich die kommunale Realität. Drastische Erweiterung und Dynamisierung unserer lokalen Lebenswelt, ebenso drastisch schrumpfender Spielraum, dazu Irritationen aufgrund von Strukturereuerungen - ist es da wirklich sinnvoll, auf dieser Ebene schon wieder über weitere Neuerungen nachzudenken?

<sup>2</sup>So z.B. Walter Hanesch, Konzeption, Krise und Optionen der sozialen Stadt, in: Hanesch, Hrsg., a.a.O., S. 21-56, S.34ff, S.40.

<sup>3</sup>Rolf Böhme, Beeilt euch zu handeln, bevor es zu spät ist zu bereuen, Freiburg 1997. Zitat nach Rezension in Stuttgarter Zeitung v. 21.1.1997. Ferdinand Kirchhof, Tübinger Öffentlichrechtler, meint, man sei hier „zwar noch nicht im Bereich der Verfassungswidrigkeit, aber es geht doch zumindest in den Bereich der Verfassungsfremdheit“, zit. nach Jürgen Schultheis, Wie der Waigel Theo den Bürgermeistern das Leben schwer macht, in: FR v. 13.2.1997, S.24. Neueste Zahlen zu dieser Finanzentwicklung u.a. bei Ernst-Ulrich Huster, Zentralisierung der Politik und Globalisierung der Ökonomie: Veränderungen der Rahmenbedingungen für die soziale Stadt, in: Hanesch, Walter, Hrsg., Überlebt die soziale Stadt? Opladen 1997, S.57-75, S.60f: : Nach dem Gemeindefinanzbericht von 1996 haben sich die Einnahmen der Gemeinden in den alten Bundesländern (nur dafür liegen mir die Zahlen vor) von 1980-1996 nicht ganz verdoppelt, wobei die Erhöhung der einzelnen Einnahmearten höchst unterschiedlich ausfiel; am meisten wuchsen, wir wissen das alle, die kommunalen Gebühren. Gegenüber diesem Einnahmeanstieg um exakt 92,9% schnellten die Ausgaben jedoch um 122,3% hoch, weit mehr also als eine Verdoppelung. Dabei ist, auch das ist nicht unbekannt, der Anstieg der Sozialausgaben gegenüber allen anderen Ausgabearten, z.B. Personalkosten, weit überdimensional, er hat sich nämlich weit mehr als verdreifacht.

<sup>4</sup>Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Das Neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung. Bericht Nr. 5/1993, Köln 1993. Zusammenfassend dazu neuestens Ralf Kleinfeld, Kommunalpolitik, Opladen 1996, Kap. 3.

Wenn ich hier dennoch für - also insofern: weitere - **neue Wege in der Kommunalpolitik** plädiere, will ich meine Argumentation mit einem Beispiel beginnen, bei dem ich das Stichwort „Glokalisierung“ wieder aufnehme und das mit Ihrer Ausstellung und Vortragsreihe natürlich eng verbunden ist.

Wie Sie wissen, wurde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro von den anwesenden 170 Staaten, u.a. auch von der deutschen Bundesregierung, das Aktionsprogramm „Agenda 21“ verabschiedet. „Agenda 21“ läßt sich etwa so übersetzen: Das, was für das 21. Jahrhundert zu tun ist. Diese Agenda 21 gilt „als Ausdruck eines globalen Konsenses und einer politischen Selbstverpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich Umwelt und Entwicklung“<sup>5</sup>.

Bekanntlich ist das Hauptziel der Agenda die sog. *sustainability* (wie es im englischen Originaltext heißt), zu deutsch: Nachhaltigkeit, Zukunftsgerechtigkeit oder auch Zukunftsfähigkeit. Im Klartext: Gefordert wird eine zukünftige „Entwicklung, in der die Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt werden sollen, ohne die Bedürfnisse kommender Generationen zu gefährden.“<sup>6</sup> Zukunftsfähigkeit und Zukunftsgerechtigkeit sollen sich dabei gleichermaßen im ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich erweisen. Neben einer Reihe von Vorschlägen, um dieses Ziel zu erreichen, formuliert nun dieser immerhin auf Ebene der Vereinten Nationen beschlossene Text eine unmittelbare Aufforderung an alle Gemeinden weltweit. Im Kapitel 28 dieser Agenda heißt es dazu wörtlich: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‘kommunale Agenda 21’ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft.“

An dieser Aufforderung wird also ganz deutlich: Die Weltgemeinschaft, repräsentiert durch die anwesenden 170 Staaten, nimmt ihre Kommunen in die Pflicht. Der Blick geht auf Glokalisierung - globale und lokale Entwicklungen lassen sich nicht mehr voneinander trennen! Gleichzeitig werden in dem Text die Kommunen aufgefordert, den Austausch von Informationen über diese Fragen zu intensivieren. Und so trafen sich im Jahre 1994 Vertreter europäischer Kommunen in der dänischen Stadt Aalborg und verabschiedeten dort die „Aalborg-Charta“, worin sie sich selbst verpflichten, die oben aus dem Kap. 28 zitierten Aufgaben zu übernehmen.“<sup>7</sup>

<sup>5</sup> So die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft betr. Unterzeichnung der Aalborg-Charta durch die Freie und Hansestadt Hamburg, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 15/4746 v. 16.1.1996, S. 1.

<sup>6</sup>BUND/MISEREOR, Hrsg., Zukunftsfähiges Deutschland. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Basel-Boston-Berlin 1996, S.24.

<sup>7</sup> „Mit der Unterzeichnung der Aalborg-Charta erkennt die Stadt die Verantwortung an, die gerade die europäischen Städte und Gemeinden aufgrund ihres Lebensstandards für viele der weltweiten Umweltprobleme tragen. Sie müssen daher ihren Beitrag zur Lösung der Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts und des beginnenden 21. Jahrhunderts leisten“, so die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft betr. Unterzeichnung der Aalborg-Charta durch die Freie und Hansestadt Hamburg, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 15/4746 v. 16.1.1996, S. 1f.

Trotz der Selbstverpflichtung ist in Deutschland bisher wenig geschehen: Weder gibt es bislang eine ausgearbeitete Lokale Agenda 21, noch ist die Teilnahme an diesem Prozeß besonders rege: Unter den europäischen Ländern liegen wir sogar ziemlich am Ende der Tabelle. Während in Schweden und Norwegen sich mehr als 95% aller Kommunen mit der Aufstellung einer, ihrer Lokalen Agenda 21 befassen, in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark dies immer noch etwa zwei Drittel tun, sind es in Deutschland weniger als 5%!<sup>8</sup> Und selbst dort, wo - wie etwa in Hamburg - die Aalborg-Charta unterschrieben wurde, dümpelt man nur sehr zögerlich voran.

Ich will nun, u.a. am Beispiel einer Lokalen Agenda 21, ein *Modell* vorstellen, das durchaus auf den bisherigen repräsentativen Strukturen der Bundesrepublik aufbaut, aber diesen gegenüber wesentliche Neuerungen beinhaltet, um diesem Ziel einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung näherzukommen. Es versteht sich von selbst, daß Fragen wie die nach der „sozialen Stadt“, also nach dem Umgang mit Arbeitslosigkeit oder - allgemeiner - mit der Sozialstaatsproblematik auf der kommunalen Ebene, dabei ebenso miteinbezogen werden können, ja müßten, wie andere Fragen, etwa der Migration, der öffentlichen Sicherheit usw.

Wie die eben zitierte Aufforderung der Rio-Konferenz an die Kommunen deutlich macht, sind mindestens **drei Forderungen** zu erfüllen, um eine wirklich *nachhaltige* Lokale Agenda 21 zu erreichen:

1. Wir müssen die Sensibilität dafür erhöhen, was unsere heutigen Bedürfnisse sind, sein können und auch dürfen, und zwar *einerseits* im Angesicht der extremen Ungleichheiten zwischen den Menschen der südlichen Welt und uns Bewohnern der nördlichen Welt und *andererseits* aus unserer Verantwortung vor zukünftigen Generationen heraus. Diese Sensibilitätserhöhung kann nur in einer gerechten, in einer demokratischer Kommunikation erfolgen, d.h. sie darf prinzipiell niemanden ausschließen, der sich dazu äußern möchte, muß aber andererseits auf effiziente Verfahren zurückgreifen können, die die zu erwartenden Konflikte hegen und möglichst abstimmungsfähig machen können.
2. Wir müssen das Innovationspotential für Lösungsvorschläge deutlich besser ausschöpfen als bisher, d.h. wir müssen prinzipiell alle diejenigen zu Wort kommen lassen, die als Experten vor Ort gelten können, nämlich alle Bürgerinnen und Bürger einer Kommune. Wir müssen eine Art „Ideenmarkt“ bilden, um die Funktion des Marktes als Entdeckungsverfahren zu nutzen. Wir wollen also Verfahren suchen, die in der Lage sind, die Erfahrungen, die wir alle in unserer Lebenswelt gesammelt haben, uns gegenseitig mitzuteilen, zu überprüfen und, wo immer möglich, zusammenzubinden.
3. Wir müssen die Akzeptanz für Lösungsvorschläge erhöhen, und zwar insbesondere bei jenen, die von diesen, vielleicht auch in einschneidendem Maße, betroffen sind. Wir wissen alle, daß solche Programme und Projekte, die nicht auf breiten Konsens stoßen, schnell unterlaufen werden und damit ihre Wirkung einbüßen, es sei denn, wir wünschen einen autoritären Staat, der mit Gewalt nachschiebt. Doch für diese Pseudolösung hatten schon die alten Römer ihre bekannte Losung: Quis custodiet custodem? Und wer bewacht den Bewacher, daß dieser nicht aus dem Ruder läuft?

Mein Modell - ich kann in diesem Vortrag beispielhaft leider nur ein Modell vorstellen; ich weiß, daß es auch andere interessante Modelle gibt - mein Modell also nimmt nun genau die eben genannten drei Forderungen zum Ausgangspunkt und versucht, ihnen in mehreren Schritten nachzukommen. Meine Mitarbeiter und ich nennen dieses unser **Modell** deshalb auch „*Mehrstufiges Dialogisches Verfahren*“. Es ist übrigens aus dem bloßen Modellstadium

<sup>8</sup>Kommissionsdrucksache 13/3 der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ v. 24.9.1996, S.2.

längst hinaus, weil es als ganzes schon 1993 in einer norddeutschen Stadt bei dem damals brisanten Thema „Zusammenleben mit Ausländern“ seine Bewährungsprobe bestanden hat. Das Buch dazu mit eben diesem Titel „Zusammenleben mit Ausländern“ haben wir bereits 1994 in einem Hamburger Verlag publiziert<sup>9</sup>. Teile dieses Modells, insbesondere die Dialogischen Interviews, entwickeln wir derzeit an meinem Institut intensiv weiter.

Unser Verfahren besteht nun im Grundsatz aus drei Stufen oder Schritten, die sich dem pädagogischen Dreischritt „*Sehen - Beurteilen - Handeln*“ anschließen.

Zum *ersten*: Um herauszufinden, wie Menschen ihre Lebenswelt *sehen*, wie sie ihre Bedürfnisse definieren, wie sensibel sie für die Lebenswelten und Bedürfnisse anderer und auch zukünftiger Generationen sind, müssen wir mit ihnen ins Gespräch kommen. Dieses Gespräch muß aber so sein, daß sich die Gesprächspartner nicht gegängelt fühlen oder glauben, sich politisch korrekt verhalten zu sollen. Wir haben dialogische Interviewleitfäden entwickelt und eine Interviewer-Schulung eingeführt, die solche Gefahren so weit wie möglich ausschließen können. Beides, Interview-Leitfäden und Interviewer-Schulung, unterziehen wir zur Zeit einer intensiven Revision. Einzelheiten muß ich mir hier ersparen, nur soviel sei gesagt: Trotz aller selbstverständlichen Anonymität der Befragten sind alle Interviews auf ihre Korrektheit wissenschaftlich überprüfbar, weil wir sie über Tonbandaufzeichnung dokumentieren.

In diesen Interviews entwickeln nun die Befragten anhand eines Leitfadens in völlig freier Art und Rede ihre eigenen Werte, ihre Zukunftsperspektiven, ihre Gegenwartseinschätzungen, ihre Lösungsvorschläge u. dergl. mehr. Gegenüber repräsentativen Befragungen, wie sie von Emnid, Allensbach o.a. immer wieder durchgeführt werden, verzichten wir auf Antwortvorgaben, versuchen vielmehr, die Befragten zu ermuntern, ihre eigenen Sichtweisen so differenziert und begründet zu äußern, wie sie es selbst wünschen. Während dort also in die quantitative Breite gegangen wird, gehen wir in die qualitative differenzierende Tiefe. Wir verstehen uns aber nicht als Konkurrenz zu jenen Verfahren, vielmehr ergänzen wir uns gegenseitig. Wir haben bei unseren bisherigen vielfältigen dialogischen Interviews immer wieder erfahren, wie sehr sich Menschen in diesen ein- bis eineinhalbstündigen Sitzungen diesen Themen erst langsam öffnen müssen, die sie zwar vom Stammtisch oder aus den Medien kennen, zu denen sie aber nur ganz selten in konzentrierter Weise selbst zu Wort kommen. Es ist immer wieder erstaunlich, wie vernünftig Menschen denken und reden, wenn man sie vernünftig anspricht. Diese Interviews sind politische Bildung im besten Sinne des Wortes.

Wen befragen wir? Prinzipiell wählen wir unsere Dialogpartner durch Zufallsstichprobe aus. Da wir aber auf völlige Freiwilligkeit setzen, wissen wir, daß wir natürlich nur die eher an solchen Themen Interessierten für Interviews gewinnen können. Diese Einschränkung teilen wir jedoch mit allen derartigen Verfahren.

Selbstverständlich steigt mit der Anzahl der Befragten die Schärfe und Genauigkeit des Bildes von Lebenswelt, auf das es uns ankommen muß. Weil aber solche Interviews, besonders in der anschließenden Auswertung, sehr aufwendig sind - rechnen Sie pro Interview insgesamt mit 5-6 Stunden! - sind wir dazu übergegangen, ein Modell zu entwerfen, das uns erlaubt, die einschlägigen Fachkenntnisse soweit auch an Laien zu vermitteln, daß wir als Wissenschaftler nur noch Hilfe zur Selbsthilfe geben müssen. Hier sehe ich - ich greife schon einmal voraus - eine mögliches zukünftiges Betätigungsfeld etwa von Volkshochschulen, Schulen, Universitätsinstituten usw.

In einer *zweiten* Stufe, einem zweiten Schritt unseres Mehrstufigen Verfahrens setzen wir unsere Informationsgewinnung über unsere gemeinsame Lebenswelt fort, jetzt aber nicht mehr in individualisierter Form, sondern in der Art von Gruppendiskussionen, die professionell mo-

<sup>9</sup>Wolfgang Gessenharter u.a., Zusammenleben mit Ausländern. Eine empirische Studie, Hamburg 1994.

deriert werden. Gesellschaften oder auch Kommunen sind ja nicht nur Anhäufungen von Einzelmenschen, sondern leben auch aus dem Zusammen- und Gegenspiel von Verbänden, Parteien, überhaupt Gruppierungen aller Art. Und Individuen bilden oft auch ihre Meinungen im Kontext von Gruppen. Es wäre nun naiv, würde man gerade auch die mächtigeren unter den Gruppen vernachlässigen, wenn es um die gemeinsame *Beurteilung* und Gestaltung unserer Lebenswelt geht. Andererseits beziehen wir auch solche Gruppen ein, die, wie etwa Obdachloseninitiativen, nicht so stark im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Es kann auch sinnvoll sein, Vertreter unterschiedlicher Gruppierungen zu *einer* Moderation zusammenzuführen. Voraussetzung ist aber auch hier absolute Freiwilligkeit. Welche Gruppen wir einladen, entscheiden natürlich nicht wir allein. Der jeweilige Auftraggeber bringt seine Vorstellungen dazu ebenso ein wie wir uns aus dem Kreise der in Frage kommenden Gruppen beraten lassen. Moderationen dieser Art sind bewußt ergebnisorientiert gestaltet: Wir laden also die jeweils ausgewählten Teilnehmer zu einer ungefähr dreistündigen Veranstaltung ein, die beim Beispiel der Lokalen Agenda 21 zum Zwecke haben könnte, gemeinsam Ziele und Wege zu bewerten und dabei etwa vorzuschlagen, wie für ein bestimmtes Gebiet, für eine Branche oder für bestimmte Institutionen die CO<sub>2</sub>-Emissionen sozialverträglich um das erforderliche Maß reduziert werden könnten. In Hamburg sind zur Zeit alle Hochschulen in einen gemeinsamen Verbund gegangen, um diese Frage für ihre Institutionen zu beantworten.

Da der Maßstab dafür, was „erforderlich“ ist, durchaus mit Werten verbunden ist, über die wir bereits in den Interviews Informationen erlangt haben, kann es oft sinnvoll sein, solche Daten in die Moderationsrunden zu spiegeln. Wieviele solcher Runden für ein gegebenes Problem nötig sind, läßt sich nicht am grünen Tisch festlegen. Auch hier gilt jedoch, daß mit jeder sinnvoll angelegten Moderationsrunde die Anzahl der berücksichtigten Gruppeninteressen steigt, damit aber auch, was mindestens ebenso wichtig ist, die Anzahl jener Menschen, die aktiv in den Diskussionsprozeß etwa einer Lokalen Agenda 21 eingebunden sind und ihn daher auch eher zu ihrer eigenen Sache machen. Menschen erleben hier - und dies in einem kommunikativen und effizienten Prozeß -, wie aus anfänglich durchaus unterschiedlichen Interessen und Blickwinkeln heraus sich Gruppenmeinungen bilden können - oder eben auch nicht. Denn es gibt keinen Zwang zum Konsens, aber auch ein nach fairer Diskussion, also ohne daß jemand über den Tisch gezogen wird, festgestellter Dissens ist ein wichtiger Schritt in einem demokratischen Willensbildungsprozeß. Hilfreich können aber diese Moderationen auch schon deshalb sein, weil sie oft zur Vernetzung der verschiedenen Gruppen untereinander beitragen.

Unser *dritter* Schritt besteht aus einer (oder auch mehreren) sog. Planungszelle(n), in denen alle Vorschläge, die auf den beiden vorangegangenen Stufen erarbeitet wurden, einer intensiven Durchsicht unterzogen werden und in ein sog. Bürgergutachten einfließen, das bestimmte *Handlungen* vorsieht. Peter C. Dienel, der bereits Mitte der 70er Jahre Planungszellen entwickelte, hat sie beschrieben als eine Gruppe von ungefähr 25 Bürgerinnen und Bürgern, die, nach einem Zufallsverfahren ausgewählt, für begrenzte Zeit von ihren arbeitstäglichen Verpflichtungen befreit, vergütet von der öffentlichen Hand, assistiert von professionellen Prozeßbegleitern und unterstützt von Experten (z.B. aus Verwaltung oder Wissenschaft), Lösungen für vorgegebene Bewertungs-, Kontroll- oder Planungsprobleme erarbeiten, eben jenes Bürgergutachten.<sup>10</sup> Die Zufallsauswahl sichert, daß nicht ausschließlich organisierte Interessengruppen oder die unmittelbar Betroffenen am Verfahren teilnehmen und daß somit eine größere „Gemeinwohlorientierung“ erwartet werden kann. Das bedeutet, daß die Akzeptanz

---

<sup>10</sup>s. neuestens Peter C. Dienel: Das Modell 'Bürgergutachten' als Organ politischen Lernens, in: Bernard Claußen/Rainer Geißler (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation - Ein Handbuch, Opladen 1996, S.425-442.

der Empfehlungen verbessert und spätere Konflikte eher vermieden werden. Bisherige Erfahrungen bestätigen diese Erwartungen.

Voraussetzung ist nach unserer Erfahrung allerdings, daß die Adressaten einer Planungszelle, z.B. Rat oder Verwaltung einer Kommune, sich schon vorab verpflichten, der Umsetzung der Empfehlungen zuzustimmen, bzw. wenn sie das nicht tun, dies öffentlich zu begründen. Wir wissen, daß zunehmend nur unter dieser Zusicherung Bürger zur Teilnahme an einer doch recht zeitaufwendigen Planungszelle bereit sind.

Es wird im übrigen immer wieder berichtet - und wir können dies nur bestätigen -, daß solche Planungszellen sich in erstaunlich kurzer Zeit auch in schwierige Materien sachlich sehr kompetent einarbeiten können.<sup>11</sup>

Das hier paradigmatisch vorgestellte „Mehrstufige Dialogische Verfahren“ läßt sich **zusammenfassend** wie folgt charakterisieren:

1. Es umfaßt in seinen (mindestens) drei Stufen die Schritte „Sehen - Beurteilen - Handeln“ und erhöht damit Problemsensibilität, Innovationspotential und Akzeptanzbereitschaft.
2. Da dieses Verfahren selbst bei kleiner Auslegung schon mindestens 150 Menschen umfaßt - die Zahl ist prinzipiell nach oben offen! - erhalten wir bei vernünftiger Auswahl ein Spektrum von Ansichten zur gemeinsamen Lebenswelt, das jedenfalls mehr als nur die ohnehin einflußreichen Gruppen umfaßt. Da das gesamte Modell - schon um der Kritik willen - auf Öffentlichkeit angewiesen ist, ist die Einbeziehung einer möglichst umfangreichen Medienberichterstattung unabdingbare Voraussetzung. Damit wird aber der Kreis jener Bürgerinnen und Bürger, die sich mit diesem Thema befassen, zusätzlich enorm vergrößert.
3. Ein derartiges Medienereignis speist sich aber nun nicht aus Informationen, für die die Bevölkerung, wie sonst üblich, nur Adressat ist; vielmehr sind die Beteiligten hier selbst Urheber bzw. Miturheber der Nachrichteninhalte. Sie werden damit auch weitere Experteninformationen viel kenntnisreicher und selbstbewußter einordnen. Auch hier haben wir wieder politische Bildung in hervorragender Weise!
4. Für die politischen, in die Verantwortung demokratisch gewählten Entscheidungsträger und für die Verwaltung sind alle diese Ergebnisse einer gemeinsam zu gestaltenden Lebenswelt nicht absolut bindende Vorgaben; sie sollten jedoch zentrale Entscheidungsgrundlagen für sie darstellen. Denn sie sind in nachvollziehbaren, den Gleichheitsgrundsatz prinzipiell realisierenden Verfahren von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erarbeitet worden. Sicherlich werden nicht alle Bürger dabei mitwirken, sondern es wird sich wohl hauptsächlich um jene von Helmut Klages treffend bezeichneten „aktiven Realisten“ handeln, die sich durchaus für Fragen des Gemeinwohls und für machbare Reformen in die Pflicht nehmen lassen, vorausgesetzt, ihre Aktivitäten werden von den Politikern ernstgenommen. Klages schätzt mit guten Gründen diese „aktiven Realisten“ auf immerhin ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung. Dieser Typ des „aktiven Realisten“ sucht im übrigen nur eine relativ kurze Einbindung in solche Gemeinwohl-Aktivitäten. Dies folgt sicherlich auch aus den mittlerweile hinlänglich bekannten Individualisierungsprozessen, die gleichzeitig vom zunehmenden Zerfall altbekannter Milieus - religiöser, gewerkschaftlicher, parteipolitischer Art, um nur einige zu nennen - begleitet sind. Alle diejenigen, die heute gerne über Politikverdrossenheit bramarbasieren, sollten diese Zahlen und Erkenntnisse ernstnehmen. Denn gerade durch den heute oft herrschaftlichen Stil der politischen Klasse entstehen erst jene Verdros-

<sup>11</sup>Wichtige Erfahrungen liegen vor:

- Neugestaltung des Gürzenich in Köln Ende der 70er Jahre;
- Planung einer Autobahntrasse im nordspanischen Baskenland (vor wenigen Jahren);
- unser eigenes Ausländer-Projekt in Buxtehude (s. dazu auch im Text);
- Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald durch die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart.

senheiten, die aber dann treffender mit Politiker- bzw. Parteienverdrossenheit umschrieben sind.<sup>12</sup>

5. Unsere Verfahren erhöhen durch ihre Konfliktprävention und ihre vergrößerte Interesseneinbindung in der Bevölkerung jenes Gefühl, das heutzutage von vielen geradezu leidenschaftlich beschworen wird, nämlich das Gemeinschaftsgefühl. Hier wird es aber nicht durch bloßen Appell an Gemeinschaftsideologien erzeugt, sondern durch erfahrbares gemeinsames Reden und Handeln. Damit entstehen die heute so dringend benötigten sozialen Bindungskräfte, das „soziale Kapital“. Und - wie das ökonomische Kapital auch - will dieses soziale Kapital hart erarbeitet und nicht nur beschworen sein: Wir alle wissen, wohin Inflation führt. Soziales Kapital ist übrigens schnell verspielt, benötigt aber aller Erfahrung nach lange Zeit, Generationen sogar, um aufgebaut zu werden.
6. Unser Modell habe ich hier vorgestellt besonders am Beispiel der Lokalen Agenda 21. Sie sind jedoch prinzipiell für alle möglichen Problemfelder - und nicht nur von Kommunen - denkbar, etwa von der Arbeitslosigkeits- und Sozialstaats- über Verkehrsproblematik bis hin zu Fragen der Stadtentwicklung. Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal, daß wir - schon aus Kostengründen - immer stärker den Weg gehen wollen, als Wissenschaftlicher vor Ort nur Anstoß, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Wenn ich hier nur unser Verfahren vorgestellt habe, dann geschah dies in erster Linie aus Zeitgründen. Denn ich will keineswegs behaupten, daß es gegenüber allen anderen optimiere: so gibt es etwa mittlerweile andere Modelle auf dem Markt, etwa Mediation, Energietische, das Modell des kooperativen Diskurses der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart, Runde Tische oder Zukunftswerkstatt<sup>13</sup>. Ich wünschte, daß es immer mehr Möglichkeiten gäbe, in produktive Konkurrenz untereinander einzugehen. Der Markt scheint mir aber zur Zeit nicht eben sehr aufnahmewillig zu sein.

Lassen Sie mich jetzt aber, bevor ich zu einer kurzen Kostenabschätzung komme, noch ein paar **kritische Worte** wenigstens zu zwei Verfahren sagen, die im Augenblick zu dominieren scheinen: Das eine ist die eben genannte **Mediation**, das andere ist der sog. **Volksentscheid**.

Die **Mediation**<sup>14</sup> ist ein Verfahren, bei dem ein von allen Konfliktseiten akzeptierter Mediator versucht, zwischen zwei (oder auch mehreren) gegensätzlichen Interessenstandpunkten zu vermitteln. Dies geschieht in mehreren gemeinsamen Diskussionsrunden, die von zwischenzeitlichen kleineren Teilrunden und bilateralen Gesprächen begleitet sein können. Ziel ist ein von allen Beteiligten freiwillig akzeptiertes Ergebnis. Die Person des Mediators spielt hier aber eine absolut zentrale Rolle. Denn von seinem Geschick hängt ab, ob sich die Beteiligten

<sup>12</sup> Helmut Klages, Der „schwierige Bürger“. Bedrohung oder Zukunftspersonal?, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt, Berlin 1996, S. 233-253, S. 239; vgl. auch Thomas Gensicke, Wertewandel und Familie. Auf dem Weg zu „egoistischem“ oder „kooperativem“ Individualismus?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/94, S. 36-47, der mit der Ignoranz der „gesellschaftlichen Eliten“ hart ins Gericht geht: Wer die empirische Forschung zur Kenntnis nehme, müsse „empört (sein) über eine heute grassierende Volksbeschimpfung, die von schlecht informierten gesellschaftlichen Eliten ausgeht, von Eliten, die es versäumt haben, ihre Hausaufgaben zu machen und für die Resultate ihres Nichtstuns und ihrer Ahnungslosigkeit die Bürger verantwortlich machen“ (S. 38f). Vgl. auch Oscar W. Gabriel, Politische Partizipation und kommunale Politik. Strukturen, Bstimmungsfaktoren und Folgen kommunalpolitischer Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/88, S. 3-20.

<sup>13</sup>vgl. dazu u.a. Peter H. Feindt/Wolfgang Gessenharter/Markus Birzer/Helmut Fröchling, Hrsg., Konfliktregelung in der offenen Bürgergesellschaft, Dettelbach 1996; Markus Birzer/Peter H. Feindt/Edmund A. Spindler, Nachhaltige Stadtentwicklung. Konzepte und Projekte, Bonn 1997.

<sup>14</sup> Vgl. neuestens Helmut Weidner, Umweltmediation: Entwicklungen und Erfahrungen im In- und Ausland, in: Peter H. Feindt u.a. (Anm. 13), S. 137-168.



hinsichtlich Information und Berücksichtigung ihrer Interessen fair behandelt fühlen. Falls Interessengruppen nicht schon wegen ihrer eigenen Machtposition Teilnehmer im Verfahren sind, ist es in erster Linie dem Mediator überlassen, auch weniger dominanten Gruppierungen Zugang zur Mediation zu gewähren. Bisherige Erfahrungen zeigen zwar, daß *bei klar definierten Konflikten und Konfliktparteien* Mediation unter Leitung eines guten Mediators geeignet ist, Konfliktpotentiale herunterzufahren und Entscheidungsblockaden aufzulösen und insofern Planungs- und Implementationszeiten und -kosten vermindern kann. Bei *eher offenen Konflikten* aber kann es eben auch leicht geschehen, daß diejenigen, die sich ohnehin gesellschaftlich-politisch gut in Szene setzen können, auch hier Konfliktdimensionen und –ausmaß entscheidend (mit)bestimmen und so die Lösungen schon präformieren können. In unserem Verfahren, Sie erinnern sich, spielt dagegen die Zufallsauswahl bei den Interviews und bei der Planungszelle eine zentrale Rolle – unter dem Kriterium der Berücksichtigung möglichst vieler, auch eher gesellschaftlich schwach vertretener Interessen eine für uns erwünschte Richtung.

Noch deutlicher wird dieser Aspekt bei den plebiszitären, also direktdemokratischen Verfahren des *Volksbegehrens* und des *Volksentscheids*. Ich will meine kritischen Bemerkungen dazu auf das Beispiel Hamburg konzentrieren, wo derzeit eine Initiative „Mehr Demokratie in Hamburg!“ dafür wirbt, Volksentscheide in Hamburg einzuführen. Die Argumente, die von dieser Initiative in der Begründung ihres Gesetzesvorschlags angeführt werden, stützen sich auf einen Fundus, der durchaus von vielen geteilt wird, wie sich u.a. auch an der Unterstützerliste erkennen läßt.

Im wesentlichen wird also folgendes vorgebracht:

1. direkte Bürgerbeteiligung könne gegen die Politikverdrossenheit angehen;
2. direkte Bürgerbeteiligung bringe mehr konkretes Sachwissen in politische Entscheidungen ein;
3. direkte Bürgerbeteiligung habe wiederholt ineffiziente und teure Entscheidungen politischer Repräsentationsorgane korrigiert bzw. zu Fall gebracht;
4. letztlich bringe direkte Bürgerbeteiligung den eigentlichen Souverän, nämlich die Bürgerinnen und Bürger, wieder in den politischen Stand zurück, den er im repräsentativen System zunehmend eingebüßt habe.

Wie Sie sehen, liegen diese Argumente sehr nahe bei den auch von mir oben vorgestellten Überlegungen; und aus wiederholten Gesprächen mit Vertretern dieser Initiative weiß ich auch, daß wir im Zielentwurf und in der Ursachenanalyse gar nicht weit auseinander liegen. Jedoch halte ich das vorgeschlagene Mittel zur Abhilfe, nämlich Volksentscheid, für *äußerst problematisch*. Ich kann das hier nur noch kurz begründen:

1. Volksentscheide reduzieren notwendigerweise eine komplexe Fragestellung auf eine Ja-Nein-Entscheidung. Wer aber an der Formulierung dieser Fragestellung beteiligt ist, verfügt über mehr Macht als jene, die darüber nur abstimmen können.
2. Einzuführen und zu regeln wären also in erster Linie solche Verfahren, die die Formulierung der Fragestellung betreffen. Dies geschieht aber im Gesetzesentwurf dieser Initiative überhaupt nicht (und mir ist auch kein schon geltendes Volksentscheid-Verfahren bekannt, daß sich diesem Problem wirklich stellt). Die in Hamburg vorgeschlagenen Regelungen behandeln vielmehr nur jene Prozeduren, die den Umgang mit einer bereits formulierten Fragestellung betreffen, und zwar ausschließlich in dem Konfliktfeld Senat/Bürgerschaft versus Bevölkerung. Daß sich auch Konfliktfelder innerhalb der Bevölkerung über zu regelnde Sachverhalte ergeben könnten, wird in geradezu gutgläubiger, um nicht zu sagen naiver Weise ausgeblendet. Offenbar können sich die Initiatoren dieser Aktion „Mehr De-

mokratie in Hamburg!“ nur „gemeinwohlorientierte“ Initiativen vorstellen; nur so ist auch zu erklären, daß sie auf jegliches Zustimmungsquorum verzichten wollen, und zwar mit der frappanten Begründung : „Wir haben bewußt bei der vorgeschlagenen Regelung den Bürger im Blick, der sein Recht wahrnimmt und sich äußert. Uninteressierte und Boykotteure sind nicht diejenigen, die in einer Demokratie das Sagen haben dürfen.“<sup>15</sup>

3. Damit ist aber doch – realistisch gesehen - Tür und Tor geöffnet für einseitig interessengeleitete Beeinflussung, ja Manipulation der Öffentlichkeit, die vor allem jenen möglich sein wird, die über große finanzielle und/oder massenmediale Mittel verfügen. Es ist naiv anzunehmen, daß solche plebiszitären Entscheidungsinstrumente, wenn sie erst einmal als effektiv erkannt sind, nur von „gemeinwohlorientierten“ Menschen in Anspruch genommen werden. Einige Volksentscheide in Bayern aus jüngster Zeit lassen erkennen, in welcher einseitiger Weise solche Verfahren ge- und mißbraucht werden können.
4. Solche Volksentscheide sind schließlich um ein vielfaches teurer als jene von mir vorgeschlagenen Verfahren. Ich werde zur Kostenfrage gleich noch ein paar Bemerkungen machen. Nur folgende Parallele, die sich mir aufdrängt, schon hier: Sie erinnern sich sicherlich noch an die Auseinandersetzung um die Volkszählung Mitte der 80er Jahre. Ein wichtiges Kostenargument der Volkszählungsgegner war, daß bei der heutigen Kunst der Statistik (Stichwort: Mikrozensus) alle wichtigen Informationen – auch über die Gesamtpopulation – durch Stichprobenbefragungen erhoben werden können. Dies ist billiger, meist detaillgenauer und kann jederzeit auf den neuesten Stand gebracht werden – im Gegensatz zu einer Volksbefragung, die nur in großen Zeitintervallen durchgeführt werden kann. Alle diese Kritikpunkte gelten mutatis mutandis auch für die Massenveranstaltung „Volksentscheid“.

Unbestritten ist natürlich, daß das Ergebnis eines Volksentscheids, möglicherweise noch nach großer Wahlbeteiligung, über eine starke demokratische Legitimität verfügt. Insofern wäre zu überlegen, ob nicht jedem Volksentscheid, wenn man ihn schon will und ihn neben (ich warne vor: anstatt) die repräsentativen Verfahren setzt, etwa oben erörterte Bürgerbeteiligungsverfahren vorgeschaltet werden sollten. In diesen könnten dann Bürgerinnen und Bürger in geregelter, gestufter und vor allem immer prinzipiell öffentlicher Weise Vorschläge über die vielfältigen Aspekte komplexer Probleme erarbeiten und sie immer mehr kondensieren, bis dann am Ende die alternative Frage für einen Volksentscheid in einem – ich wiederhole es noch einmal - nachvollziehbaren Verfahren entwickelt ist. Anders ausgedrückt: Wenn Bürgerbeteiligungsverfahren nach meinem Vorschlag nicht nur demokratische Spielwiese sein soll, müssen Festlegungen getroffen werden, wie deren Ergebnisse in den politischen Entscheidungs- und Implementationsprozeß effektiv eingehen sollen; neben der von uns anvisierten Selbstverpflichtung der politischen Entscheidungsträger könnten aber sicherlich auch Volksbegehren und Volksentscheid eine wirkungsvolle Rolle spielen. Aber auf die zeitliche Reihenfolge kommt es an! Und um es noch einmal zu wiederholen: Man kann nicht jede Woche einen Volksentscheid durchführen – sehr wohl allerdings kann man dies (und sollte es möglichst tun) mit Befragungen, Moderationen und/oder Planungszellen, und zwar auf kommunaler, regionaler oder Bundesebene.

Dies ist jedoch eine **Kostenfrage**. Deshalb dazu nun noch ein paar Bemerkungen:

---

<sup>15</sup>Aus der Begründung zu Art.50, Abs.3, S.3, zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung von Volksentscheiden. Wie sehr nur die Frontstellung staatl. Organe – Bevölkerung gesehen wird, ergibt sich auch aus der Begründung zum gleichzeitig vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Bezirken, hier zu §8a Abs.8 Satz 3: „Es kann davon ausgegangen werden, daß die Bezirksversammlung immer die Kontra-Position zu einem Bürgerbegehren einnimmt, weil sie sonst das begehrte Anliegen beschlossen hätte.“

Wir alle müssen uns demokratische und auf kooperative Mitwirkung abzielende Willensbildung etwas kosten lassen. Auf Dauer ist sie nämlich allemal billiger als die Durchsetzung von Entscheidungen, deren Akzeptanz nicht gesichert bzw. deren Konsensraum nicht ausgelotet ist. Ich will hier nur ein einziges Beispiel nennen: Hätte man zu einem sehr frühen Zeitpunkt derartige Bürgerbeteiligungsverfahren eingesetzt, hätte man schon sehr viel eher entscheiden können, einen neuen Flughafen in Hamburg nicht zu bauen. So hat diese Entscheidung, ich wiederhole: den Flughafen *nicht* zu bauen, rund 25 Jahre und 100 Mio DM gekostet! Als Daumenregel kann heute, nach meiner und auch anderer Fachleute Meinung, gelten, daß man mit Bürgerbeteiligungsverfahren bereits sehr gute und erfolgreiche Gestaltungsarbeit leisten kann in einem finanziellen Ausmaß, das man mit 1-2% der Projektsumme - also etwa im Umfang von „Kunst am Bau“ - angibt<sup>16</sup>. Selbstverständlich sind solche Daumenregeln nicht einsetzbar etwa bei der Erstellung einer Lokalen Agenda 21. Hier aber - und dies ist auch der Inhalt der Selbstverpflichtung von Rio, unterzeichnet immerhin von Bundeskanzler Helmut Kohl - müssen wir die gemeinsame Gestaltung einer zukunftsfähigen Lebenswelt ohnehin zu einer Daueraufgabe machen.

Ich komme zum Schluß mit einer **Zusammenfassung** und sodann einer **Aufforderung** an Sie:

1. Unsere lokale Lebenswelt hat sich erweitert und dynamisiert: Glokalisierung ist kein leeres Schlagwort.
2. Neue Wege sind nötig: Die bisherigen Wege schaffen zunehmend Akzeptanzprobleme; wir wissen aber auch, daß eine - staatlicherseits angeordnete - rein autoritäre Durchsetzung von Lösungswegen auf Dauer demokratisch höchst gefährlich ist, dazu teuer und meist ineffektiv.
3. Neue Wege sind *auch* auf der lokalen Ebene nötig. Die Kommunen können insoweit (wieder) zu „Schulen der Demokratie“ werden. Wichtig ist aber, daß die kommunale Ebene immer in Verbindung zu den anderen politischen Ebenen, Bund, Länder, Europäische Union, gesehen wird.
4. Es müssen *neue* Wege sein, die auch und in erster Linie Gemeinsamkeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern schaffen, soziale Bindungskräfte herstellen. Die Bedeutung des hinter Finanz- und Humankapital bisher vernachlässigten *Sozialkapitals* wird für die Zukunft immer wichtiger, ja zentral.

Solche neuen Wege müssen aber nicht außerhalb des Gestaltungsbereichs der Kommunen bleiben - die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger sozusagen als bloße Figuren in Verfahren, die von Wissenschaftlern ihnen vorgegeben und mit ihnen veranstaltet werden. Vielmehr sehe ich Sie, meine Damen und Herren, und vielfältige Institutionen in Oldenburg, wie Universität, Volkshochschule, Schulen usw. als Trägerin oder zumindest als Mitträgerin eines solchen oder ähnlichen Verfahrens, wie ich es hier entwickelt habe. Dabei könnte man an vielfältige, bereits bestehende Voraussetzungen bei Ihnen und bei diesen Institutionen anknüpfen und sie intensivieren. Denn Sie und die genannten Institutionen betreiben damit

1. praktische *sozialwissenschaftliche Ausbildung*, und das heißt auch
2. *Weiterbildung* ihres eigenen Personals,
3. angewandte *sozialwissenschaftliche Forschung*, und damit

<sup>16</sup>s. dazu Peter C. Dienel, Das „Bürgergutachten“ und seine Nebenwirkungen, in: P.H.Feindt/W.Gessenharter/M.-Birzer/H.Fröchling, Hrsg., a.a.O., S.113-135, S.129; s. auch Wolfgang Gessenharter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, a.a.O., S.12f.

4. gesellschaftliche und politische (*Selbst*)*Reflexion*,
5. damit wiederum einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung des für freiheitliche Demokratien so zentralen *Sozialkapitals* und damit insgesamt zur *Stärkung der Demokratie*,
6. *nachhaltige Zukunftssicherung* auf lokaler (und unter paradigmatischen Gesichtspunkten weit überregionaler) Ebene durch Einbeziehung ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte,
7. *Konfliktprävention und Konflikthebung* in den genannten Bereichen, damit auch Abbau von Gewaltorientierung,
8. und schließlich - durch Verkauf dieser im Forschungsprozeß erarbeiteten Daten an Interessenten, z.B. in anderen Städten - *finanziellen Zuerwerb* und vielleicht auch Sicherung manchen Arbeitsplatzes. Denn keine Kommune wird auf Dauer ohne diese Selbstbeobachtung auskommen, die Voraussetzung für wirksame Konfliktprävention ist. Und vielleicht ist es gar nicht nötig, daß alle Kommunen dasselbe machen.

Mein Vortrag sollte Anstoß sein zu weiteren Überlegungen auf Ihrer Seite, wie aus den vorgestellten Beteiligungsmodellen auf kommunaler Ebene Ihre eigene Beteiligung in Ihrer eigenen Kommune werden könnte. Denn es bleibt uns allen keine Wahl: Wir müssen mehr denn je jenes Sozialkapital schaffen, ohne das wir weder die zukünftigen Probleme meistern noch in einer menschenfreundlichen, demokratischen Gesellschaft werden leben können. Und noch haben wir, wenn nicht alles täuscht, in unserer Bevölkerung jenes Potential an mitwirkungsbe-reiten Menschen in hinreichendem Ausmaß. Aber wir dürfen diese, und das heißt uns alle, nicht länger durch Untätigkeit enttäuschen. Der Senator für Stadtentwicklung und Leiter der Senatskanzlei in Hamburg, Thomas Mirow, hat vor kurzem (lt. SZ v. 28.2.1997) gesagt: „Menschen, die nicht in eine vernünftig funktionierende Gemeinschaft eingebunden werden, sind zu allem fähig. Wenn die Politik versagt, wird das zu irreparablen Schäden, zu Mord und Totschlag führen.“ Ich füge hinzu: Es liegt nicht nur an der Politik, es liegt an uns allen!